

Das Massaker von Tientsin (Tianjin) im Jahr 1870 und das christliche Missionswesen

Karl Josef Rivinius SVD

Offizielles Selbstverständnis Chinas

Das „Reich der Mitte“ verstand sich seit seiner Gründung nicht nur als Zentrum der Welt, sondern auch als Gipfel der Kultur und Zivilisation, dem sich alles unterzuordnen hatte. Die fremden Länder und Völker, auch die Europäer, galten im konfuzianischen Weltbild als „Barbaren“, als Kontrastbild der eigenen Kultur und Gesellschaft, die sich seinem Selbstverständnis gemäß als untergeordnete Herrschaften in einem tributpflichtigen Verhältnis zum chinesischen Reich befanden,¹ obwohl sie der kaiserlichen Administration nicht direkt unterstanden.² Gesandte eines jeden Landes, die in einem streng geregelten rituellen Vollzug am Hof ihre Unterwürfigkeit bekundeten, wurden als Tributgeber registriert. Im Gegenzug bedachte man sie mit opulenten Geschenken und klangvollen Titeln. In der Regel durften lediglich solche Völker im Reich der Mitte offiziell und legal Handel treiben, die dem Kaiserhof Tribut entrichtet hatten. Bei diesem auf Prestige bedachten Tributsystem, das als herrschafts- und systemstabilisierendes Instrument der kaiserlichen Außenpolitik fungierte und die Anerkennung sowie die Verbindlichkeit der chinesischen Zivilisation und Weltordnung garantierte,³ ging es nicht

- 1 „Since the barbarians were ignorant of Chinese values and norms, they were seen as having no values or norms at all. Logically, then, they could only be motivated by crude instinctive desires for food and sex, like animals. They would stop at nothing until their desires were satisfied. This was why the Chinese saw them as quarrelsome, stubborn, greedy, and licentious, with little awareness of those finer human qualities, such as flexibility, moderation, kindness and consideration, which were so essential for the smooth functioning of human relationships. China should show these people benevolence and understanding, in the hope that her moral example would lead them to repay her with obedience and respect [...]. The barbarians' goodwill in responding to China's benevolence was shown symbolically by their tribute mission [...]. Culturally and economically, China regarded herself as far above the barbarian countries; there was no question of equality“ (Jerome Chèn, *China and the West. Society and Culture 1815–1937*, London 1979, S. 26f.).
- 2 Mark Mancall, „The Ch'ing Tribute System. An Interpretative Essay“, in: John King Fairbank (Hrsg.), *The Chinese World Order. Traditional China's Foreign Relations*, Cambridge, Mass. 1968, S. 63.
- 3 „Zum Verständnis des Tributsystems ist es notwendig, sich die Grundannahmen zu vergegenwärtigen, auf denen es beruhte. Diese beinhalteten, (a) dass China ein universell gültiges Glaubenssystem besitzt, das

um eine Kosten-Nutzen-Rechnung. „Die Rentabilität des Systems spielte keine Rolle, im Gegenteil: der Aufwand des Kaiserhofes musste deutlich höher sein als die Erträge. Es ging um die Demonstration der eigenen Pracht, um Prestigegewinn sowie um die Festigung von Hierarchien. Das System war bloß für die Tributgeber lukrativ: indem diese die Überlegenheit des chinesischen Reiches formal anerkannten, sicherten sie sich gute Geschäfte.“⁴

Der Zugang der westlichen Großmächte zum chinesischen Absatzmarkt, den Peking im Jahr 1759 auf Kanton (Guangzhou) beschränkt hatte, war mit vielfältigen Schwierigkeiten verknüpft. Die Repräsentanten des „Country-Trade“, die den Handel zwischen Britisch-Indien und China besorgten, empfanden die Willkür der dortigen Lokalbeamten, hohe Zölle, die desolote Zahlungsmoral, die allgegenwärtige Korruption und die chronische Verschuldung ihrer offiziellen chinesischen Geschäftspartner, der sogenannten Co-hong-Kaufleute,⁵ mit der Zeit als un-erträglich.⁶ Die privaten Kaufleute vor Ort, aber ebenso die

ethisch richtig ist und dem alle Völker folgen sollten; (b) dass China eine besondere Rolle als Wahrer dieser Werte zukommt; und (c) dass, obwohl diese Werte anderen nicht aufgezwungen werden können, China mit ihnen im Einklang leben und anderen ein Beispiel sein sollte. In diesen Grundannahmen fühlte sich die chinesische Elite auch immer wieder dadurch bestätigt, dass Fremddynastien sich dem chinesischen System anpassen und – aus chinesischer Sicht – sinisiert wurden.“ China leitete daraus „die Bestätigung seiner kulturellen Überlegenheit“ ab (Stefan Friedrich, „Außenpolitik“, in: Brunhild Staiger [Hrsg.], *Länderbericht China. Geschichte – Politik – Wirtschaft – Gesellschaft – Kultur*, Darmstadt 2000, S. 103-134, hier S. 105). Zum rituellen Ablauf derartiger Audienzen sowie ganz allgemein zum üblichen Hofzeremoniell hinsichtlich Sitte und Tradition: Jörg-Uwe Albig, „Der Abglanz des Universums“, in: *Geo-Epoche: Das alte China*, Hamburg 2002, Nr. 8, S. 96-112.

- 4 Kai Vogelsang, *Geschichte Chinas*, Stuttgart 2012, 2., durchgesehene Aufl., S. 384.
- 5 „The trade, confined to Canton [...], was actually handled on the Chinese side by officials and their assistants and by the chartered merchants (the Co-hong), with the officials firmly in control. The system they operated was cumbersome, restrictive and corrupt. The officials, educated in the Confucian classics, believed that China was the most civilized community on earth [...]“ (Chèn, *China and the West*, S. 27).
- 6 Trotz fehlender völkerrechtlicher Kodifizierung der gegenseitigen Beziehungen zwischen dem Reich der Mitte und den Staaten Westeuropas verlief der China-Handel in den vorgegebenen organisatorischen Strukturen. „Die europäischen Regierungen förderten den Aufbau und die Aktivitäten privilegierter ‚Chartered Companies‘, während auf chinesischer Seite die Bürokratie, die sich niemals direkt kommerziell betätigte, den privaten Handel nur unter einem allgemeinen Interventionsvorbehalt gewähren ließ“ (Jürgen Osterhammel, *China und die Weltgesellschaft. Vom 18. Jahrhundert bis in unsere Zeit*, München 1989, S. 110). Ausländische Kaufleute unterlagen einem strengen Reglement. „Ältere Praktiken wurden 1760 durch kaiserlichen Entscheid zu einem Bündel von Arrangements systematisiert, das von Historikern als ‚Kanton-System‘ bezeichnet wird. Sein Kern war die Gegenüberstellung zweier Monopolorganisationen: des Monopols der sogenannten ‚Hong-Kaufleute‘ und desjenigen der westlichen Ostindien-Gesellschaften, unter welchen die britische East India Company (EIC) zunehmend dominierte. Dieses Doppelmonopol bestand bis 1833, als die EIC ihre privilegierte Stellung im Chinahandel verlor. Es wurde nach einer kurzen Übergangszeit durch das freihändle-

britischen Produzenten erhofften sich von einem unmittelbaren Zugang zum chinesischen Markt eine qualitative Verbesserung der Handelsbedingungen, da der monopolisierte Tauschhandel zwischen der East India Company⁷ und der Qing-Regierung mit mancherlei Reglementierungen einherging. Deshalb plädierten einflussreiche Vertreter der britischen Regierung für einen direkten Dialog mit der Zentralregierung in Peking. Die diesbezüglichen Überlegungen führten zum Beschluss, eine königliche Gesandtschaft an den Kaiserhof zu entsenden mit dem dezidierten Ziel, die Handelsbeziehungen zum chinesischen Reich nachhaltig zu verbessern und mit den Qing ständige diplomatische Kontakte aufzunehmen.⁸ Um kein Misstrauen am Kaiserhof zu erregen, deklarierte man die Aktion offiziell als Gratulationsmission an Kaiser Qianlong (1735–1796) und hielt die eigentlichen Absichten und Motive zunächst geheim; diese blieben allerdings Peking nicht verborgen.

Der Auftrag zu diesem Unternehmen wurde 1791 dem versierten irischen Diplomaten George Earl of Macartney (1737–1806) erteilt.⁹ Am 26. September 1792 trat die unter seiner Leitung mit auserlesenen Geschenken ausgestattete Gesandtschaft des britischen Königs George III. (1738–1820) in Spithead die Reise in Richtung China an. Die Gesamtzahl der von Macartney zusammengestellten Gruppe betrug fünfundneunzig Personen; unter ihnen waren zahlreiche Wissenschaftler verschiedener Disziplinen und Experten, die man gemäß ihren Qualifikationen und Fähigkeiten mit unterschiedlichsten Aufgaben betraut hatte. Ferner befanden sich darunter chinesische Absolventen des von Matteo Ripa in Neapel gegründeten Kollegs für Chinesen als Dolmetscher.¹⁰ Beladen mit Uhren, astronomischen Instrumenten, Glas- und Silberfabrikaten, Teppichen und Porzellanvasen kamen die Gesandtschaftsschiffe am 20. Juni 1793 in Tientsin (Tianjin) an. Nach dem Reglement

für Tributgesellschaften wurde die Mission nach Peking und anschließend zum 250 km nordöstlich von der Hauptstadt gelegenen prächtigen Palast in Jehol (heute Chengde) geschickt, wo der Kaiser mit seinem gesamten Hofstaat die Sommermonate verbrachte.

Am 14. September 1793 – drei Tage vor dem achtzigsten Geburtstag von Qianlong – hatte die Delegation die erste Audienz beim Kaiser in einem prächtigen Mongolenzelt. Qianlong empfing sie wie jede andere Tributmission: „Sie waren ihm willkommen, hatten ihm Respekt zu zollen und dann wieder zu gehen.“¹¹ Um eine Audienz beim Kaiser gewährt zu bekommen, war man verpflichtet, den obligatorischen Kotau zu vollziehen: dreimaliges Niederknien vor dem Kaiser und neunmaliges Berühren des Bodens mit der Stirn. Lord Macartney hatte sich nur äußerst widerstrebend darauf eingelassen, denn er wusste, sonst nicht empfangen zu werden.¹² Qianlong behandelte ihn mit „allen äußeren Zeichen von Wohlwollen und Respekt“. Bei der Übergabe der exquisiten Geschenke rührte er diese nicht an; er ließ sie im Sommerpalast einlagern.

In seinem Antwortschreiben an König George III. wies Kaiser Qianlong die britischen Wünsche zurück: Es sei „unmöglich“, mehr Häfen für den Handel zu öffnen. Auch könne Großbritannien eine kleine Insel vor der chinesischen Küste als Warenlager und Niederlassung für Händler gestattet, allerdings keine Residenz für einen britischen Gesandten in der Hauptstadt genehmigt werden. Ebenso wurde Lord Macartneys Bitte um Zulassung christlicher Missionen strikt abgelehnt. Qianlong führte entsprechend seinem sino-zentristischen Selbstverständnis aus:

Das Christentum ist die Religion des Westens und diese Himmlische Dynastie hat ihren eigenen Glauben, den unsere heiligen und weisen Herrscher uns geschenkt haben, die es ermöglichen, dass unsere vierhundert Millionen Untertanen in geordneter Weise geleitet werden. Die Köpfe unseres Volkes dürfen nicht durch einen Ketzerglauben

rische ‚Treaty-Port-System‘ ersetzt, das 1842 und in den Jahren danach aufgebaut wurde“ (ebd.).

7 Die britische Expansion auf dem asiatischen Kontinent ist hauptsächlich durch die im Jahr 1600 für den Überseehandel geschaffene halbstaatliche Institution vorangetrieben worden: Philip Lawson, *The East India Company. A History*, Harlow 1993.

8 Die ersten britischen Handelsschiffe hatten schon hundertfünfzig Jahre früher mit den Chinesen in Kanton Kontakt aufgenommen. Wegen der innenpolitischen Wirren infolge des Wechsels der Dynastie wurde der Handel für einige Jahrzehnte eingestellt. Die sich dann in den vierziger Jahren des 18. Jh. häufenden Konflikte mit den britischen Handelspartnern veranlassten Peking, den maritimen Außenhandel mit ihnen ab 1759 auf Kanton als einzige Hafenstadt zu beschränken (ebd., S. 41f.).

9 Zur Idee dieser Gesandtschaft, die vom Schotten Henry Dundas (1742–1811) stammte, dem Architekten britischer Weltpolitik in der Regierung von William Pitt dem Jüngeren, der 1783–1801 und 1804–1806 Premierminister war: Osterhammel, *China und die Weltgesellschaft*, S. 122f. Näheres: Sabine Dabringhaus (Hrsg.), *Johann Christian Hüttner. Nachricht von der Britischen Gesandtschaftsreise durch China und einen Teil der Tartarei 1792–1794*, Fremde Kulturen in alten Berichten, Bd. 1, Sigmaringen 1996; Chang Jung, *Kaiserinwitwe Cixi. Die Konkubine, die Chinas Weg in die Moderne ebnete*, München 2014, S. 40–43.

10 Karl Josef Rivinius, *Das Collegium Sinicum zu Neapel und seine Umwandlung in ein Orientalisches Institut. Ein Beitrag zu seiner Geschichte*, Collectanea Serica, Sankt Augustin 2004, hier S. 53–62.

11 Vogelsang, *Geschichte Chinas*, S. 438; siehe: Karl Josef Rivinius, „Die Audienzen ausländischer Repräsentanten von 1793 und 1873 beim Kaiser von China. Eine vergleichende Darstellung“, in: *China heute* 32 (2013) 2, S. 110–123.

12 Einige Autoren meinen, der Anführer der Delegation habe das Ritual nicht vollzogen. Demgegenüber gibt es die explizite Anweisung von Kaiser Qianlong an den Hof, er werde Lord Macartney empfangen, „nachdem er eingewilligt hat, die Regeln dieser Himmlischen Dynastie zu befolgen“ (zitiert in: Chang, *Kaiserinwitwe Cixi*, S. 41 mit Anm.; ferner: William Woodcille Rockhill, *Diplomatic Audiences at the Court of China*, London 1905, S. 31). „Lord McCartney and [...] were described in the Chinese records as tribute-bearers, and the countries they represented were classed with Korea, Annam, and Liu-ch’iu“ (Chên, *China and the West*, S. 26). Die ursprünglich beabsichtigte Weigerung des britischen Gesandten Lord Macartney, den Kotau auszuführen, offenbarte sinnfällig prinzipielle Gegensätze zwischen den völkerrechtlichen Traditionen Chinas und Europas. Näheres hierzu: Erhard Rosner, „Die ‚Familie der Völker‘ in der Diplomatengeschichte Chinas“, in: *Saeculum* 32 (1981) 2, S. 103–116; ferner die kritische Entgegnung auf James L. Hevia, *Cherishing Men from Afar: Qing Guest Ritual and the Macartney Embassy of 1793* (Hevia 1995), von Joseph Esherick, „Cherishing Sources from Afar“, in: *Modern China* 24 (1998) 2, S. 135–161.

verwirrt werden [...]. Die Chinesen und die Ausländer müssen strikt getrennt bleiben.

Seine „Himmliche Dynastie“ besitze im Übrigen alle Dinge im Überfluss und entbehre in ihrem Gebiet keine ausländischen Waren. Handel erlaube er lediglich über einen Hafen [Kanton] aus Rücksicht auf die Ausländer, die ohne die chinesischen Waren nicht auskämen.¹³

Kaiser Qianlongs Verhalten lässt sich verstehen aus der Sorge, die Kontrolle über sein Riesenreich zu verlieren. Kontakte mit Ausländern könnten womöglich die devote Ergebenheit seiner Untergebenen gefährden und damit eine Gefahr für den Thron darstellen. Qianlongs Sohn und sein Enkel behielten die Politik der strikten Abschottung bei, obwohl es im Land bereits mancherorts gärrte und sich Unruhe regte, weil Hungersnot und Verelendung herrschten. Angesichts des mittlerweile erfolgten massiven Bevölkerungszuwachses war die traditionelle Wirtschaft überfordert.¹⁴

Öffnung Chinas durch den Opiumkrieg

Die selbstbewusste Haltung des chinesischen Kaisers hinderte die Briten nicht, auf ihre Weise Geschäfte im Reich der Mitte zu betreiben, um ihre Handelsbilanz zu steigern, weil die von ihnen nach China exportierten Wollstoffe und Baumwollwaren dort nur geringen Absatz fanden. Dieses Ungenügen kompensierten sie mit der Ware Opium, dessen Erzeugung in Britisch-Indien erfolgte. Obwohl der Import von Opium und der Genuss der Droge Anfang des 19. Jh. durch kaiserliche Edikte streng verboten waren, weil man um die verheerenden Folgen für die Wirtschaft und die Menschen wusste, florierete namentlich die britische Opiumeinfuhr weiterhin auf Schmuggelwegen und mittels käuflicher Beamter und erfreute sich eines wachsenden Absatzes.¹⁵

13 Chang, *Kaiserinwitwe Cixi*, S. 41f.

14 Als aufmerksamer Beobachter hat Lord Macartney 1794 in sein Tagebuch notiert: „[D]ie Qing-Monarchie sei wie ein zwar großer, aber durch und durch morscher Kahn, der beim nächsten Sturm zerschellen würde“ (erwähnt von Rainer Hoffmann, „Geschichte“, in: Staiger (Hrsg.), *Länderbericht China*, S. 1-66, hier S. 55).

15 Zur historischen Entwicklung Chinas seit dem 19. Jh. und zum durch die ausländischen Mächte ausgelösten Transformationsprozess: Henri Cordier, *Histoire des relations de la Chine avec les puissances occidentales 1860–1900*, 3 Bde., Paris 1901–1902; Kenneth Scott Latourette, *A History of Christian Missions in China*, New York 1929; John K. Fairbank (Hrsg.), *The Cambridge History of China. Volume 12: Republican China 1912–1949, Part I*, Cambridge 1983; Louis Wei Tsing-sing, *La politique missionnaire de la France en Chine 1842–1856. Louverture des cinq ports chinois au commerce étranger et la liberté religieuse*, Paris 1960; John King Fairbank, *Trade and Diplomacy on the China Coast. Volume I. The Opening of the Treaty Ports (1842–1854)*, Harvard Historical Studies, Bd. 62, Cambridge, Mass. 1953; ders., *Geschichte des modernen China: 1800–1985*, München 1989, 2. Aufl.; Wolfram Eberhard, *Geschichte Chinas. Von den Anfängen bis zur Gegenwart*, Stuttgart 1971; Georg Franz-Willing, *Neueste Geschichte Chinas. 1840 bis zur Gegenwart*, Paderborn 1975; Paul A. Cohen, *Christian Missions and Their Impact to 1900*, Cambridge

Kaiser Daoguang (1782–1850), besorgt um die Gefährdung der Volksgesundheit und die heimische Handelsbilanz, entschloss sich zu Maßnahmen gegen die Opiumeinfuhr und schickte zu diesem Zweck den kaiserlichen Sonderkommissar Lin Zexu (1785–1850) nach Kanton, wo ausländische Schiffe vor Anker lagen. In entsprechenden Aufklärungskampagnen wies er zunächst die Konsumenten auf die Gefährlichkeit der Droge hin und forderte sie zur Abgabe ihrer Bestände sowie der zugehörigen Pfeifen binnen zwei Monaten auf.

Als Lin Zexu von den Händlern die entschädigungslose Herausgabe aller Opiumbestände verlangte, eskalierte die Situation. Wegen ihrer Weigerung ließ er das Wohngebiet der Ausländer abriegeln und erklärte, sie erst freizulassen, wenn das gesamte Opium abgeliefert worden sei. Er untersagte jeglichen Handelsverkehr mit den Ausländern, zwang die in ausländischen Diensten stehenden Chinesen zur Kündigung ihrer Verträge und ließ 350 Ausländer am 24. März 1839 in ihren Faktoreien internieren. Auf diese Weise erzwang Lin Zexu nach sechs Wochen die Herausgabe von 20.813 Kisten (über 1,4 Millionen Kilogramm) Opium; daraufhin hob er die Abriegelung wieder auf. Vor Kantons Toren ließ er das Opium vernichten: Alle Opiumvorräte wurden verbrannt und dann ins Meer gekippt.

Für Großbritannien war das der lang erwartete Casus Belli. Die Briten sandten unter dem Kommando von Admiral G. Elliot eine Kriegsflotte an die chinesischen Küsten und eröffneten damit den Ersten Opiumkrieg gegen die Qing-Dynastie, der mit einer vernichtenden Niederlage für China endete. Den Abschluss bildete der Vertrag von Nanking vom 29. August 1842, der das Kaiserreich zwang, neben Kanton weitere Häfen für den Handel zu öffnen und ausländische Missionare ins Land zu lassen, allerdings lediglich in die so genannten Vertragshäfen, was seit über hundert Jahren verwehrt worden war;¹⁶ diese waren westliche Dependancen, und die westlichen Staatsbürger unterlagen den Gesetzen ihrer Länder und Konsulate. Da der Hof auf Weisung von Kaiser Xianfeng (1831–1861) die

History of China, Bd. 10, Cambridge, Mass. 1978; Liao Kuang-sheng, *Antiforeignism and Modernisation in China (1860–1980). Linkage between Domestic Politics and Foreign Policy*, Hongkong 1984; Osterhammel, *China und die Weltgesellschaft*; Jacques Gernet, *Die chinesische Welt. Die Geschichte Chinas von den Anfängen bis zur Jetztzeit*, Frankfurt a. M. 1996; Jonathan D. Spence, *Chinas Weg in die Moderne*, München 2001, erw. Aufl.; Thoralf Klein, *Geschichte Chinas. Von 1900 bis zur Gegenwart*, Paderborn 2007; Sabine Dabringhaus, *Geschichte Chinas 1279–1949*, Oldenbourg Grundriss der Geschichte, Bd. 35, München 2009, 2. Aufl.

16 Der Vertrag von Nanking bot der Mission neue Möglichkeiten. Die evangelische Missionstätigkeit hatte mit dem Engländer Robert Morrison (1782–1834) begonnen, der seit 1807 in Macao und zeitweise in Kanton lebte und die Bibel ins Chinesische übersetzt hatte. Der eigentliche Gründer der deutschen protestantischen Mission in China ist Carl Friedrich Gützlaff (1803–1851). Er war 1835 in den Dienst der britischen Regierung eingetreten und wurde später Chinesisch-Sekretär der neuerworbenen Kolonie Hongkong. Festlandchina blieb ihm indes zunächst verschlossen. Zu Gützlaffs Wirken: Sun Lixin, *Das Chinabild der deutschen protestantischen Missionare des 19. Jahrhunderts. Eine Fallstudie zum Problem interkultureller Begegnung und Wahrnehmung*, Marburg 2002, S. 94-101.

Öffnung von Kanton hinausgezögert, die Einrichtung diplomatischer Gesandtschaften beim Kaiserhof dilatorisch behandelt und ein Zwischenfall mit dem Segelschiff *Arrow* 1856 einen heftigen Konflikt ausgelöst hatte – er wird als „Zweiter Opiumkrieg“ und auch als „Lorcha-Krieg“ bezeichnet –, sandte Großbritannien Lord Elgin (1811–1863) mit einer Kriegsflotte nach China; Frankreich, das ungehinderten Zugang ins Landesinnere für seine Missionare erwirken wollte, schloss sich als Alliiertes an. Nach der Niederlage der chinesischen Armee mussten die Unterhändler der Qing-Regierung dem Vertrag von Tientsin zustimmen, der am 26. und 27. Juni 1858 unterzeichnet wurde. Er gewährte Großbritannien, Frankreich, Russland und den USA das Recht, in Peking Gesandtschaften zu etablieren, führte zur Öffnung weiterer Häfen für den internationalen Handel und gestattete die ungehinderte Betätigung der katholischen und protestantischen Missionare sowie die Legalisierung von Opium.

Wegen der Weigerung des Kaisers Xianfeng, den Vertrag zu ratifizieren, kam es zu einem erneuten Waffengang, bei dem die kaiserlichen Truppen – das Kaiserreich war durch die Taiping-Rebellion (1851–1864) militärisch sehr geschwächt – erneut schwere Niederlagen erlitten. Der Krieg endete mit der Besetzung der Hauptstadt und der Einäscherung des Sommerpalastes. Am 25. Oktober 1860 fand in Peking der Austausch der Ratifikationsurkunden des Vertrags von Tientsin statt, zudem wurde die ergänzende Pekinger Konvention unterzeichnet.¹⁷ Aufgrund des massiven westlichen Drucks sah die Zentralregierung sich außerdem genötigt, eine Sonderbehörde für den Verkehr mit den fremden Mächten einzurichten, das Zongli Yamen,¹⁸ eine Art Auswärtiges Amt, dem Prinz Gong Yixin (1833–1898), ein jüngerer Bruder von Xianfeng, als leitender Minister viele Jahre vorstand.

Bei Chinas politischer, militärischer und gesellschaftlicher Elite sowie bei der einfachen Bevölkerung generierten diese Geschehnisse ein vorurteilsbelastetes und konfliktträchtiges Verhältnis zu den westlichen Mächten, aber ebenso die weithin im Kontext imperialer Expansion sich vollziehende Evangelisierung, die den Chinesen immer wieder Anlass zu gewaltsamen Ausschreitungen gab.

Virulente Missionsfrage

Nach Abschluss der Verträge entwickelte sich die Missionsfrage zunehmend zu einem dornigen Kernproblem, das Chinas Beziehungen zu den ausländischen Mächten nachhaltig belastete. In der chinesisch-kommunistischen Ter-

minologie wird die rechtlich verbrieft Tätigkeit der christlichen Missionare als „kulturelle Invasion“ des Westens charakterisiert. Fakt ist, dass das mitunter unsensible und arrogante Agieren der Missionare einen antiwestlichen und antireligiösen Affekt generiert hat. Insbesondere die Verächtlichmachung und Verwerfung der als Götzendienst etikettierten und dämonisierten Ahnenverehrung, die der gesellschaftliche und geistig-spirituelle Mittelpunkt war, um den das Familienleben und die gemeinsamen Interessen einer Sippe sich zentrierten, empfanden die Chinesen als provokatorischen Affront und kompromittierenden Frontalangriff auf das altehrwürdige Gesellschaftsgefüge. Prinz Gong Yixin hatte bereits 1869 dem englischen Gesandten Sir John Rutherford Alcock (1809–1897) gegenüber geäußert: „Nehmen Sie Ihr Opium und Ihre Missionare mit und wir werden uns über alle anderen Fragen verständigen können.“¹⁹

Mit der Ankunft der Missionare, Repräsentanten einer ausländischen Macht, war eine neue Autorität ins Land gekommen, die von den einheimischen Autoritätsträgern als Konkurrenten gesehen wurden. Denn häufig traten bei Auseinandersetzungen und Streitfragen mit ihren Landsleuten unterlegene Chinesen zum Christentum über und suchten dann bei den Missionaren Hilfe und Unterstützung, wenn sie bei den lokalen Beamten kein Recht bekommen hatten. Dieser Tatbestand sowie die Zunahme an Privilegien für die Missionare und das bisweilen harte wie maßlose Reklamieren dieser Privilegien insbesondere durch die Vertreter Frankreichs unter Berufung auf die Vertragsbestimmungen provozierten heftige Kontroversen und führten zu massiven Konflikten, wachsendem Unwillen, tiefgreifender Verbitterung und gesteigertem Hass bei Beamten, Literaten und dem einfachen Volk. Der in unmittelbarem Kontakt mit der einheimischen Bevölkerung stehende Missionar griff bei seiner Tätigkeit in vielfältiger Weise in das Geflecht der traditionellen Strukturen und das konfuzianische Ordnungssystem ein. Man vermag unschwer zu ermessen, welche „Wertschätzung“ die einheimischen Christen, die nach allgemeiner Auffassung mit ihren Geistlichen gleichsam einen Staat im Staat bildeten, bei ihren Mitbürgern genossen.

Besondere Ereignisse und Umstände gaben zudem immer wieder Anlass zu ernsthaften Spannungen und gewaltsamen Ausschreitungen der Chinesen gegen die von ihnen als abtrünnig, mit den verhassten Ausländern paktierend

17 Karl Josef Rivinius, *Weltlicher Schutz und Mission. Das deutsche Protektorat über die katholische Mission von Süd-Shantung*, Bonner Beiträge zur Kirchengeschichte, Bd. 14, Köln – Wien 1987, S. 78–82.

18 Zu seiner Errichtung: Masataka Banno, *China and the West (1858–1861). The Origins of the Tsungli Yamen*, Harvard East Asian Series, Nr. 15, Cambridge, Mass. 1964.

19 Anfang 1869 hatte Prinz Gong Yixin eine Denkschrift verfasst und der Kaiserinwitwe Cixi (1835–1908) übergeben mit der Aufforderung, „an alle Provinzvorsteher ein Dekret zu schicken und sie anzuweisen, dass sie die Landbesitzer und die einfachen Menschen ermuntern [...], ausländische Kirchen niederzubrennen, ausländische Waren zu plündern, ausländische Händler umzubringen und ausländische Schiffe zu versenken“. Am Schluss schrieb er, sie müsse „den letzten Wunsch“ ihres verstorbenen Mannes erfüllen und dürfe keinen „Tag verstreichen lassen, ohne an Rache zu denken“. Cixi lehnte ein derartiges Vorgehen ab, weil dies zu einem Krieg mit dem Westen führen würde, den China unweigerlich verlöre (Chang, *Kaiserinwitwe Cixi*, S. 130f.).

betrachteten Landsleute. Diese fungierten dabei als willkommene Sündenböcke und Prügelknaben für die angestauten fremdenfeindlichen Aggressionen. Obwohl die chinesischen Beamten aufgrund der oktroyierten Verträge für den Schutz der Christen zu sorgen hatten, schritten sie nicht immer dagegen ein, sondern ließen dem Volkszorn freien Lauf. Die Hetzkampagnen und Verfolgungen wurden nicht selten von oben lanciert und unterstützt oder zumindest toleriert. Der Missionar, von den ihm Anbefohlenen um Hilfe angegangen, bemühte sich seinerseits, dass ihnen Recht und Genußtuung widerfuehren. Vermochte er dies nicht aus eigener Kraft, so verlangte er wirksame Unterstützung von der diplomatischen Vertretung seiner heimatischen Regierung; für die katholischen Missionare war das im Regelfall die französische Gesandtschaft.

Gegen Ende der ersten Dekade nach den dem chinesischen Kaiserreich aufgezwungenen Verträgen steuerten die Gewalttaten gegen Christen und Missionare einem ersten Höhepunkt zu. In manchen Regionen standen blutige Verfolgungen und Ermordungen auf der Tagesordnung. Guido von Rehfuß (1818–1894), zu dieser Zeit Gesandter Preußens und des Norddeutschen Bundes in Peking, berichtete Ende November 1869 nach Berlin, dass „die Ermordung der Missionare und die damit zusammenhängenden Christenverfolgungen in der letzten Zeit einen chronischen Charakter angenommen“ hätten.²⁰

Da Frankreich zum einen den größten Anteil an Glaubensboten stellte und seine Vertreter zum anderen für die Belange sämtlicher katholischer Missionare und ihrer Gemeindemitglieder zu sorgen hatten, oblag ihnen die heikle Aufgabe, mit den Lokalbehörden und/oder der Zentralregierung Verhandlungen um Wiedergutmachung zu führen. Beamte der Provinzialregierungen verweigerten den französischen Diplomaten wiederholt Amtshilfe, hielten sie mit verbalen Beteuerungen hin, ließen die fälligen Untersuchungen unerledigt oder ignorierten die vertraglichen Abmachungen. Nicht in jedem Fall lag ein solches Verhalten am mangelnden Willen und in einer xenophoben Gesinnung begründet. Beamte, die mit Ausländern sympathisierten und kooperierten, machten sich bei ihren Volksgenossen verdächtig, riskierten persönliche und berufliche Schwierigkeiten, verloren unter Umständen ihre Stellung, insbesondere dann, wenn sie keine starke Hausmacht hinter sich hatten. Die Zentralregierung sah sich andererseits bisweilen nicht in der Lage, entsprechenden Druck auf die nachgeordneten Instanzen auszuüben, ohne ihre eigene Position gegenüber den gebildeten Schichten und der Bevölkerung zu gefährden. Das Zongli Yamen widersetzte

sich seinerseits, wann immer es konnte, den französischen Forderungen und nahm dafür Drohungen oder in extremen Fällen lokale Anwendung von Gewalt in Kauf.

Die Bluttat von Tientsin vom 21. Juni 1870

Zu den zahlreichen Missionszwischenfällen – dafür wurde sogar ein eigener Begriff geprägt: *jiao'an* 教案 – gehörte in diesem Zeitraum das so genannte Massaker von Tientsin. Wie erwähnt, ermunterten bisweilen verärgerte lokale Beamte die Bevölkerung zu Feindseligkeiten gegen die Missionare, Missionsschwester und ihre Klientel, die durch massive Ressentiments, böartige Unterstellungen und reale Missverständnisse verstärkt wurden. Ein solches Missverständnis betraf auch die von den Missionen unterhaltenen Waisenhäuser, um die sich die wildesten Spekulationen, absurdestes Gerede, phantasievollste Vermutungen und irrwitzige Verschwörungstheorien rankten, was vielfach geglaubt wurde: es waren weitverbreitete christenfeindliche Narrative.

So sollten beispielsweise in dem von französischen Ordensfrauen des hl. Vinzenz von Paul geleiteten Waisenhaus²¹ in Tientsin, das unmittelbar an die Kathedrale Notre Dame des Victoires angrenzte, skandalöse Zustände und kriminelle Praktiken herrschen. Gerüchten zufolge würden die Schwestern Kinder entführen lassen,²² die anschließend getötet und ihre Augen ausgestochen würden, um sie als Linsen fürs Fotografieren zu verwenden;²³ zudem risse man ihnen das Herz heraus, um daraus Medizin oder Substanzen für magische Praktiken zu bereiten. Den meisten Chinesen war nicht bekannt, welcher Beschäftigung die Ordensfrauen im Waisenhaus nachgingen. In der chinesischen Tradition nahmen wohlthätige und bei den lokalen Behörden registrierte Einrichtungen lediglich ausgesetzte Neugeborene auf. Für Waisen waren ihre Verwandten zuständig, denen es überlassen war, wie sie sich um diese Kinder kümmerten.

Die Schwestern nahmen ausgesetzte Babys und vom Tod gezeichnete Kinder auf, um sie zu taufen und so für den Himmel zu retten, ebenso kümmerten sie sich um kranke

20 Rehfuß an Otto von Bismarck, Ministerpräsident in Preußen von 1867 bis 1871, zugleich Bundeskanzler des Norddeutschen Bundes, Peking, den 23. November 1869, in: Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes, Berlin. China I. B. 4: Acta betreffend die chinesischen Zustände, Bd. 3. Der Bericht vermittelt einen anschaulichen Einblick in die verschärfte Situation, in der die Missionare, die einheimischen Christen und Taufwerber sich in diesem Zeitraum befanden.

21 Seit 1860 gab es in China christliche Waisenhäuser: Cohen, *Christian Missions and Their Impact to 1900*, S. 556.

22 Am 18. Juni 1870 hatte man einen Kriminellen festgenommen, der gestand, entführte Kinder an einen einheimischen Hausverwalter der katholischen Mission verkauft zu haben. In der Beurteilung des Falls waren die einheimischen Beamten gespalten. Während die lokale Beamtenschaft dem Beschuldigten glaubte, suchten die ranghöheren Beamten der Stadt die Angelegenheit im Gespräch mit dem französischen Konsul Henri-Victor Fontanier (1830–1870) zu klären. Bei einer erneuten Befragung des Angeklagten am 21. Juni in der Kathedrale konnte dessen Aussage Punkt für Punkt widerlegt werden. Näheres dazu: Dirk Kuhlmann, „Das Fremde im eigenen Lande“. Zur Historiographie des Christentums in China von Liang Qichao (1873–1929) bis Zhang Kaiyuan (geb. 1926), Monumenta Serica Monograph Series, Bd. LXV, Sankt Augustin 2014, S. 212.

23 Man fand ein Glasgefäß mit kleinen Zwiebeln, die man für Linsen hielt und die als Beweis dienten.

und obdachlose Kinder, die sie unterrichteten und taufte. Die verstorbenen Kinder – oft im Säuglingsalter – wurden auf dem Missionsgelände begraben. Im ungewöhnlich feucht-heißen Sommer von 1870 grassierte in der Stadt eine Epidemie, die etwa vierzig von den im Waisenhaus der Obhut der Schwestern anvertrauten Säuglingen dahintrug. Diese an die Öffentlichkeit gelangte Nachricht versetzte die Einwohner – selbst die den Schwestern bislang sehr Wohlgesonnenen –, denen die eigentliche Todesursache unbekannt geblieben war, in äußerste Erregung. In Kürze versammelte sich eine aufgebrachte Volksmenge auf dem Friedhof hinter dem französischen Konsulat und öffnete Särge. Gebeine wurden umhergestreut, und mit Leichen von Christen trieb man groben Unfug. Böswillige Verleumdungen und Verunglimpfungen schossen ins Kraut.

Zur Beruhigung der aufgebrachten Bevölkerung bestanden die chinesischen Beamten der Stadt auf einer sofortigen Inspektion des extraterritorialen Friedhofs: Leichen sollten ausgegraben und einer Prüfung unterzogen werden. Konsul Fontanier verweigerte die Untersuchung. Der leitende Handelskommissar der drei nördlichen Häfen, Chonghou (1826–1893), hatte in einem persönlichen Gespräch – allerdings vergeblich – versucht, Fontanier dazu zu bewegen, weil sich auf diese Weise die Unschuld der Ordensschwestern beweisen ließe. Ungeachtet der fortgesetzten hartnäckigen Weigerung des Konsuls und seines scharfen Protestes ordnete der chinesische Stadtmagistrat die Exhumierung an:

Es war der erste Akt des großen Trauerspiels. Man sah die Mandarine, von einem Pöbelhaufen gefolgt, gewissermaßen im Schatten der französischen Fahne, in die Hofräume der Mission dringen. Am Kirchenhof wurden mehrere Leichen ausgegraben und untersucht; einigen fehlten die Augen. Was eine natürliche Wirkung der Auflösung war, galt für einen unumstößlichen Beweis der den Schwestern und den Missionaren zur Last gelegten Verbrechen.²⁴

Am 19. Juni 1870 erschien Stadtmagistrat Lin in Begleitung eines Polizeibeamten auf dem französischen Konsulat und verlangte von Fontanier die amtliche Untersuchung der Wohnungen der Ordensschwestern und der Lazaristen-Missionare; ein Ansinnen, das dieser barsch ablehnte. Tags darauf randalierte eine Gruppe von Menschen vor dem

Missionshaus der Franzosen und dem Konsulat, in dessen Verlauf man Steine auf die Gebäude schleuderte; gegen Abend zerstreute sich die Menge. Am nächsten Vormittag schrieb der britische Konsul in Tientsin, William Hyde Lay (1836–1876), der wegen der Unruhe in Tientsin bereits am Vortag ein Kriegsschiff aus Yantai angefordert hatte, an Thomas Francis Wade (1818–1895), den britischen Geschäftsträger in Peking:

Eine unangenehme Pflicht nötigt mich, Ihnen zu berichten, dass die hiesige Lage äußerst unbefriedigend ist. Seit einiger Zeit drohen die Chinesen, die Fremden umzubringen oder von Tientsin zu verjagen. In den letzten Tagen wuchs die Aufregung. Die Chinesen machen Miene, die katholischen Kirchen und das französische Konsulat in Brand zu stecken und die Fremden zu töten [...]. Ich glaube nicht, dass wirkliche Todesgefahr vorhanden sei, aber ich fürchte für das Eigentum; unsere Magazine sind mit Waren gefüllt. Alle Tage laufen Berichte ein, welche unsere Vertreibung oder Ermordung voraussagen.²⁵

Am Vormittag des 21. Juni fanden sich der Daotai 道臺, der Bezirksvorsteher von Tientsin und der Stadtmagistrat mit einem zahlreichen Gefolge bei der Missionsniederlassung ein. Pater Claude-Marie Chévrier CM (1821–1870), der selbst um Überprüfung der verleumderischen Anklagen gebeten hatte, empfing sie und führte sie in sämtliche Räume. Die Dienerschaft wurde verhört, die versicherte, nichts Verdächtiges wahrgenommen zu haben. Unter ironischem Gelächter der Umstehenden zogen sich die Beamten wieder zurück, ohne die lärmende Volksmenge zu beschwichtigen und aufzulösen; von Stunde zu Stunde steigerte sich der Krawall.

Um die Mittagszeit hatte sich Konsul Fontanier im Amtssitz des Magistrats vergeblich um Schutz durch chinesische Soldaten bemüht und beim eskalierenden Disput einen Mitarbeiter des Magistrats erschossen. Auf dem Rückweg wurden der Konsul und sein Kanzler S. Simon von Randalierern brutal ermordet und ihre Leichen in den Fluss geworfen. Anschließend stürmte der Mob die Kathedrale und legte Feuer, zog dann zum in unmittelbarer Nähe gelegenen französischen Konsulat und dem Missionshaus, die ebenfalls in Brand gesetzt wurden. Nun setzten ein dreistündiges Morden, Lynchen und Brandschatzen ein: „Zehn Nonnen wurden gefasst, entkleidet, unzüchtig verstümmelt und gemordet. Zwei Priester, sieben Ausländer und eine Anzahl von chinesischen Bekehrten wurden gefangen und niedergemacht“, insgesamt etwa sechzig Personen.²⁶ Die verunstalteten und ausgeweideten Leichen warf man

24 Alexander Freiherr von Hübner, *Ein Spaziergang um die Welt*. Bd. 2, Leipzig 1874, S. 292. Mitte Juni 1870 schrieb Claude-Marie Chévrier CM: „For ten days, the most serious accusations have been circulating on behalf of the Sisters. They buy children, kill them, tear their hearts out, and remove their eyes“ (Zitat in Jeremiah Greenleaf Jenne, „Bleeding Hearts: Religion, Violence, and the Tianjin Riots of 1870“, Dissertation, University of California, Davis 2021, <https://escholarship.org/uc/item/0540b7h9>, letzter Zugriff am 29. Januar 2026, S. 239). Und weiter: „At this moment all the devils in hell seem to be let loose at Tianjin. The Christians will soon be exterminated, and I hope we shall be at the head of them. What consoles me is the thought that our Lord often chooses for the foundation of His works the greatest crosses and trials. So, in spite of all, I go on hoping“ (Zitat in Paul Hattaway, *China's Christian Martyrs*, Oxford 2008, S. 104).

25 Hübner, *Ein Spaziergang um die Welt*, S. 298f.

26 Marina Warner, *Die Kaiserin auf dem Drachenthron. Leben und Welt der chinesischen Kaiserinwitwe Tz'u-hsi (1835–1908)*, Würzburg 1974, S. 110; zur Zahl und Nationalität der Todesopfer siehe auch: James C. Cooley, *T. F. Wade in China. Pioneer in Global Diplomacy (1842–1882)*, Monographies du T'oung Pao, Bd. 11, Leiden 1981, S. 70; Chang, *Kaiserinwitwe Cixi*, erwähnt „zwischen dreißig und vierzig katholische Chinesen sowie einundzwanzig Ausländer“ (S. 134f.).



Verwüstete Kirche der Ordensschwester des hl. Vinzenz von Paul. Foto: John Thomson, 1871. Wellcome Collection 19306i. Creative Commons CC-BY-4.0 International.

in den Fluss. Waisenhäuser, Missionsschulen, vier Kirchen, die amerikanischen und englischen Missionsgesellschaften gehörten, sowie mehrere ausländische Gebäude wurden niedergebrannt.²⁷

Reaktionen Chinas und des Auslandes auf die Morde und Feindseligkeiten gegen die Ausländer

Bereits am Morgen des 22. Juni lag dem Zongli Yamen ein detaillierter Bericht über die Ereignisse in Tientsin vor. Der Hof in Peking, der eine militärische Intervention des Westens befürchtete, reagierte umgehend auf die Nachricht vom grausamen Geschehen und Brandschatzen, die offiziell verurteilt wurden. Ein kaiserliches Dekret äußerte Mitgefühl mit den christlichen Opfern, wies die absonderlichen Gerüchte zurück, die Quelle für Verleumdungen und Attacken gegen die Ausländer und Christen waren; überdies wurden alle Provinzvorsteher aufgefordert, die Missionare zu schützen.²⁸ Prinz Gong Yixin ließ besondere Wachen in Wohngebieten von Ausländern patrouillieren.

²⁷ Ein Resümee der Geschehnisse bilanziert: „The Tientsin Massacre represented the culmination of a decade of Sino-foreign friction revolving around Christian missionary activities. More broadly, it symbolized the tragic end of a mighty effort, on the part of Restoration (and certain foreign) officials, to build and revitalize a Confucian state which would be capable of responding effectively to the impact of the modern West“ (Paul A. Cohen, *China and Christianity, The Missionary Movement and the Growth of Chinese Antiforeignism, 1860–1870*, Harvard East Asian Series, Bd. 11, Cambridge, Mass. 1967, 2. Aufl., S. 233). Zur Konnotation der Geschehnisse: John King Fairbank, „Patterns Behind the Tientsin Massacre“, in: *Harvard Journal of Asiatic Studies* 20 (1957) 3–4, S. 480–511.

²⁸ Chang, *Kaiserinwitwe Cixi*, S. 135.

Um in Tientsin, wo Chaos und Anarchie herrschten, möglichst rasch wieder Ruhe, Ordnung und Sicherheit herzustellen, wurde der Generalgouverneur von Zhili, Zeng Guofan (1811–1872), ein angesehener Staatsmann, der als General gegen die Taiping-Rebellen siegreich gekämpft hatte, vom Kaiserhof zur Regelung des Missionszwischenfalls in die Stadt entsandt mit dem Auftrag, eine Kommission zu berufen. Diese sollte unter seiner Leitung die Ursache der Feindseligkeiten und Morde eruieren, die Rädelsführer des Aufstands ausfindig machen und schuldige Personen bestrafen, damit Gerechtigkeit geschehe, sowie die gestörte Beziehung in den chinesisch-westlichen Beziehungen wiederherstellen.

Obwohl das Massaker, vordergründig betrachtet, primär gegen die Franzosen gerichtet war, warf die Tragödie alte und beunruhigende Fragen in den westlichen Diplomatengruppen auf: Kann man damit rechnen, dass die Zentralregierung sich an die in den Verträgen stipulierten Rechte hält beziehungsweise überhaupt die Autorität hat, diese auf allen adminis-

trativen Ebenen durchzusetzen? Lässt sich ungeachtet der divergierenden Interessen und Aktionen der westlichen Großmächte eine gemeinsame Strategie entwickeln, um in einer konzertierten Aktion die in ihren Augen berechtigten Forderungen an Peking durchzusetzen, ohne äußere Gewalt anzuwenden? Diese Überlegungen spielten bei der Behandlung des Tientsiner Missionszwischenfalls eine nicht unerhebliche Rolle, zumal die in China ansässigen empörten und verängstigten Ausländer von ihren diplomatischen Vertretungen Rache für das schändliche Verbrechen forderten.²⁹ Nur ein festes Auftreten gegenüber der chinesischen Regierung, so die vorherrschende Meinung, bot ihnen Sicherheit für Leib und Leben, Hab und Gut, wo derzeit in vielen Regionen des Kaiserreichs Ressentiments, Hass und Feindseligkeit Treibstoff für Attacken und Pogrome gegen alles Fremde waren. In einer energischen Kollektivnote an das Zongli Yamen vom 24. Juni protestierten die Gesandten gegen das Geschehen;³⁰ zugleich beorderten sie Kriegsschiffe ins Krisengebiet von Tientsin.

Da der französische Geschäftsträger Julien de Rochechouart (1831–1879) meinte, Zeng Guofans Kommission erledige den ihr erteilten Auftrag absichtlich dilatorisch, womit er, wie sich herausstellte, nicht Unrecht hatte, unternahm er einen diplomatischen Alleingang. Anfang August stellte er dem Zongli Yamen ein Ultimatum und drohte, falls man nicht bald zu einem befriedigenden Abschluss

²⁹ Hosea Ballow Morse, *The International Relations of the Chinese Empire. Bd. 2: The Period of Submission 1861–1893*, London 1900, S. 249f.

³⁰ Der Wortlaut der Note, die von den Vertretern der Vereinigten Staaten von Nordamerika, Belgiens, Frankreichs, Großbritanniens, Russlands, Spaniens sowie den Vertretern des Norddeutschen Bundes unterzeichnet ist, findet sich abgedruckt bei: Cordier, *Histoire des relations de la Chine*, Bd. 1, Paris 1900, S. 362f. Prinz Gong Yixin antwortete am nächsten Tag und versprach gerechte Wiedergutmachung sowie Schutz für die Ausländer (Cooley, *T.F. Wade in China*, S. 72).

komme, werde er die Angelegenheit dem französischen Admiral Marie-Jules Dupré (1813–1881) in Zhifu übertragen.

Thomas Francis Wade, seinerzeit britischer Geschäftsträger in Peking, der mit den chinesischen Verhältnissen bestens vertraut war und in ständigem Kontakt mit chinesischen Regierungsvertretern stand, hielt den Zeitpunkt eines Ultimatums, das „likely a tempest in a teapot“ sei,³¹ für inopportun. Er vermutete, die chinesische Regierung werde es ignorieren und dadurch die vor allem von ihm lancierte „cooperative policy“ ernsthaft gefährden. Er erinnerte den französischen Geschäftsträger an die im diplomatischen Korps zu Peking getroffene Übereinkunft, der zufolge niemand ohne vorherige Konsultation mit den übrigen Kollegen handeln solle. Dessen ungeachtet übten sowohl Wade als auch andere ausländische Vertreter, z.B. der amerikanische Gesandte Frederick F. Low (1828–1894) und als Doyen der preußische Gesandte Guido von Rehfues, massive Kritik an den Ministern des Zongli Yamen, weil die Untersuchung der „Tientsiner Metzereien“ auf der Stelle trat und ein Ergebnis auf sich warten ließ.³²

Der Grund für die hinhaltende Bearbeitung des desaströsen und folgenschweren Missionszwischenfalls, der westliche Parlamente ebenfalls intensiv beschäftigte, ist im Ausbruch des Krieges zwischen Deutschland und Frankreich zu suchen. Das Zongli Yamen wusste seit Anfang August davon. Die Minister zeigten sich überzeugt, dass deshalb französische Vergeltungsmaßnahmen unwahrscheinlich seien; überdies gingen sie davon aus, dass die gemeinsame Phalanx wegen des Krieges auseinanderbrechen werde; eine Annahme, die sich als falsch erwies. Denn in Paris bemühten sich die im militanten kriegerischen Konflikt neutralen Staaten England und Nordamerika darum, dass kriegerische Operationen gegen unter deutscher Flagge fahrende Schiffe in den ostasiatischen Gewässern unterblieben.³³

Inzwischen hatte Li Hongzhang (1823–1901), neu ernannter Generalgouverneur von Zhili, die Leitung der Kommission vom schwer erkrankten und wegen seiner konzilianten Verhandlungsstrategie von vielen heftig kritisierten Zeng Guofan übernommen. Ende September ließ Prinz Gong Yixin den Gesandtschaften mitteilen, dass der von Rochechouart geforderten Exekution des Präfekten und des Magistraten der Stadt Tientsin nicht stattgegeben werden könne, weil dazu die Rechtsgrundlage fehle. Sie würden aber ihrer Ämter enthoben und zur Strafe für den Rest ihres Lebens an die nördliche Grenze des Kaiserreichs ins Exil geschickt; außerdem sollten zwanzig Hauptschuldige exekutiert und fünfundzwanzig weitere am Aufstand beteiligte Personen zu Zwangsarbeit verurteilt werden. In der Kollektivnote vom 24. September drückten die Vertreter

Großbritanniens, Nordamerikas, Preußens und Russlands ihre Unzufriedenheit mit dem unterbreiteten Angebot aus.³⁴

Die Verhandlungen schleppten sich dahin; erst Anfang Oktober 1870 gelangten sie zum Abschluss. Das Übereinkommen sah folgende Auflagen vor: Der Präfekt und der Magistrat von Tientsin sowie ein Kreisbeamter und fünf- und zwanzig Straftäter sollten verbannt und zwanzig als Hauptschuldige hingerichtet werden. Chonghou sollte als Sonderbotschafter nach Paris gesandt werden, um wegen des entsetzlichen Missionszwischenfalls bei der dortigen Regierung im Namen seines Landes eine offizielle Entschuldigung vorzutragen;³⁵ darüber hinaus waren 460.000 Taels für die zu beklagenden Menschenleben und das beschädigte Eigentum von China zu entrichten. Paris erklärte sich mit dieser Lösung einverstanden.³⁶

Die letztendlich nach den chinesischen Vorschlägen getroffene Regelung – der zuvor von Repräsentanten anderer ausländischer Mächte artikulierte Protest war wirkungslos verpufft – fand in den westlichen Ländern ein unterschiedliches Echo. Gemessen am Ausmaß der Katastrophe und aus prophylaktischen Erwägungen zur Verhütung lebensbedrohlicher Zwischenfälle fielen die von China zu leistenden Kompensationen und Garantien zum Schutz der Ausländer nach dem Urteil der überwiegenden Mehrheit zu gering aus. Andererseits führte Frankreich mit Deutschland Krieg; nach seiner Niederlage hätte das Land keine militärische Aktion gegen China unternehmen können, um günstigere Konditionen durchzusetzen. Seinerseits entging das chinesische Reich einem Krieg, den es sich nicht leisten konnte.³⁷

34 Cordier, *Histoire des relations de la Chine*, 377f.

35 Eine andere Lesart lautet: Chonghou sollte der Regierung in Paris erklären, „dass Beijing die Unruhen verurteilte, und den Wunsch nach ‚Versöhnung und Freundschaft‘ zum Ausdruck bringen. Die Reise wurde (und wird immer noch) fälschlich so dargestellt, als habe Cixi Chonghou geschickt, damit er um Gnade flehte“ (Chang, *Kaiserinwitwe Cixi*, S. 139f.). Zum Bemühen des Throns um eine akzeptable Verhandlungslösung heißt es: „China’s desire was to prevent hostilities, but she must not sell her soul in the process. The most urgent task for the present was to take defense measure for any eventuality“ (Cohen, *China and Christianity*, S. 238f.).

36 Von Beginn an bis in die jüngste Zeit ist der Missionszwischenfall von Tientsin von chinesischen Historikern und anderen Interessengruppen sehr unterschiedlich bewertet worden. Das Massaker wird derzeit meist als Ausdruck tiefgreifender sozialer Spannungen gesehen und der Angst vor kultureller Entwurzelung durch die christliche Religion. Ein konziser Überblick über diesen Sachverhalt bei: Kuhlmann, „*Das Fremde im eigenen Lande*“, S. 211–215.

37 Aus realpolitischer Einschätzung der Lage und in Anbetracht der gegebenen Machtverhältnisse waren maßgebliche chinesische Staatsmänner wie Prinz Gong Yixin, Wen-hsiang und Li Hongzhang davon überzeugt, dass die christlichen Missionare aufgrund der ihnen vertraglich zugestanden Rechte nicht einfach des Landes verwiesen werden konnten. Andererseits wussten sie, dass die Missionsfrage ein unterschwelliger Konfliktherd par excellence war, der permanente Gefahren in sich barg. Die einzige Chance, potentielle Krisen zu unterbinden, bestand nach ihrer Meinung darin, den Aktionsradius der Missionare zu beschränken, ihre Tätigkeit unter Kontrolle zu bringen und Präventivmaßnahmen zu treffen, um weitere verhängnisvolle Vorfälle wie den in Tientsin zu verhindern, die sonst die Qing-Dynastie in eine noch verhängnisvollere

31 Cooley, *T.F. Wade in China*, S. 74.

32 Ebd., S. 75f.

33 M[aximilian] von Brandt, *Dreiunddreißig Jahre in Ost-Asien. Erinnerungen eines deutschen Diplomaten*, Bd. 2, Leipzig 1901, S. 290.

Abschließende Bemerkungen

Mit der gewaltsamen Öffnung Chinas durch die westlichen Großmächte hat unter dem Schutz der oktroyierten Verträge eine völlig anders geartete Periode der Missionierung eingesetzt: die folgenschwere und unheilvolle Verquickung von weltlicher Macht und christlicher Religion. Wegen der engen Allianz der christlichen Missionare mit der Politik ihrer Heimatländer ist das Christentum von der Mehrzahl der Chinesen, insbesondere von der politischen, militäri-

innen- und außenpolitische Krise manövrieren und ihr Ansehen weiter untergraben könnten. Zu diesem Zweck hatten sie acht Regulierungsvorschläge verfasst, die jeder diplomatischen Vertretung im Zirkularschreiben vom 9. Februar 1871 zugestellt wurden. Im Einzelnen dazu: Cohen, *China and Christianity*, S. 247-261. Hier sei lediglich auf die ausgewogene Stellungnahme mit den bedenkenswerten Verbesserungsvorschlägen des amerikanischen Gesandten Frederick F. Low vom 20. März 1871 an Prinz Gong Yixin und die Minister des Zongli Yamen hingewiesen. Die Expertise: wie Anm. 20.

schen und gesellschaftlichen Elite, als eine fremde Religion und ein westliches „Exportprodukt“ wahrgenommen und deshalb weitgehend abgelehnt worden.

Chinas Beziehungen zum Ausland wurden zusätzlich dadurch belastet, dass sich im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts ein Typ von Diplomaten breitmachte, dem es an Achtung vor Chinas Geschichte und Kultur, an Respekt vor den altehrwürdigen Traditionen und am Verständnis für die Mentalität der Chinesen erheblich mangelte. Es war vielfach ein geltungsbedürftiger Diplomaten Typ, der China kompromittieren und beherrschen wollte, der nicht selten zivilisatorische Umgangsformen vermissen ließ und unter Nichtbeachtung der landesüblichen Etikette arrogant, dominant, aggressiv und rücksichtslos die Interessen und Belange seines Heimatlandes durchzusetzen suchte, notfalls mit militärischer Gewalt. Diese Tatbestände belasten bis heute Chinas Verhältnis zum Westen.

Chinesische christliche Schriftstellerinnen – Call for Papers

Für eine Tagung über chinesische christliche Schriftstellerinnen an der Akademie für internationale Ökumene, Hamburg, vom 6.–8. Juli 2026 werden noch TeilnehmerInnen gesucht.

In den vergangenen Jahrzehnten ist das Interesse an chinesischer Theologie, chinesischem Christentum und christlich geprägter Literatur sowohl in der westlichen Chinaforschung als auch in China selbst deutlich gewachsen. Dennoch sind chinesische christliche Schriftstellerinnen in Forschung und Lehre bislang nur punktuell wahrgenommen und selten systematisch untersucht worden.

Die geplante Tagung möchte einen Beitrag dazu leisten, diese Lücke zu schließen. Im Zentrum stehen Schriftstellerinnen unterschiedlicher Generationen, deren Werk – explizit oder implizit – in Beziehung zum Christentum, zu christlich geprägten Deutungsmustern oder zu religiösen Erfahrungshorizonten steht. Ziel ist es, literaturwissenschaftliche, theologische sowie kultur-, gesellschafts- und religionswissenschaftliche Perspektiven miteinander ins Gespräch zu bringen.

Beiträge zu folgenden Autorinnen sind bereits vorgesehen: Wu Yifang 吴贻芳 (1893–1985), Su Xuelin 苏雪林 (1897–1999), Deng Yuzhi 邓裕志 (1900–1996), Bing Xin 冰心 (1900–1999), Lin Qiaozhi 林巧稚 (1901–1983), Chang Hsiuya 张秀亚 (1919–2001), Lin Zhao 林昭 (1932–1968), Chang Show-foong 张晓风 (geb. 1941), Liu Hsia 刘侠 (1942–2003), Wu Yin-Ching 胡燕青 (geb. 1955), Li Lanni 李兰妮 (geb. 1956), Lü Xiaomin 吕小敏 (geb. 1970) und Li Zishu 黎紫书 (geb. 1971).

Weitere Beiträge zu Schriftstellerinnen, die bislang weniger erforscht sind oder neue Perspektiven eröffnen, sind willkommen. Dabei sind unterschiedliche Disziplinen angesprochen, wie z.B. Literaturwissenschaft, Theologie (insbesondere interkulturelle, kontextuelle und diasporische Theologien), Religionswissenschaft, Kultur- und Geschlechterforschung sowie China Studies. Die Beiträge können textnahe Analysen einzelner Werke oder Autorinnen sein, aber auch übergreifende Fragestellungen behandeln, etwa zu: religiöser Sprache und Symbolik; Glauben, Zweifel und Kritik; Gender, Körper, Leiden und Hoffnung; Kirche, Gesellschaft und Politik; Diaspora- und Kontextverschiebungen; Verhältnis von Literatur, Theologie und gelebtem Christentum.

Interessierte werden gebeten, ein Abstract (ca. 300–400 Wörter) mit kurzer biografischer Angabe bis zum 10. Mai 2026 einzureichen.

Kontakt/Information:

Isabel Friemann

Leiterin China InfoStelle

Agathe-Lasch-Weg 16

22605 Hamburg

Fon: +49 40 88181313 – Mobil: + 49 174 3262314 – E-mail: i.friemann@nordkirche-weltbewegt.de